

den zu Sekten und Kultkirchen abdriftenden Mittelklasse und die in offener Gegnerschaft stehende Oberschicht integrierende Pastoral ist indes noch ohne jedes Konzept. Auch wenn der Papst bei seinem zweiten Brasilienbesuch die Kirche des Landes wieder mehr ermutigt als ermahnt hat, so ist doch nicht zu übersehen, daß Rom der brasilianischen Ortskirche in den vergangenen Jahren kräftig die

Flügel gestutzt hat. Dies hat Rückwirkungen von der Bischofskonferenz bis in die Basisgemeinschaften gezeigt. Sollte der Papst von dem so viel gepriesenen dynamischen Aufbruch der brasilianischen Kirche weniger gespürt haben als bei seinem ersten Besuch 1980 – es wäre angesichts des faktischen Zustands dieser Kirche kein Wunder.

Gabriele Burchardt

Eine Phase der Unrast

Politische und kirchliche Entwicklungen in Österreich

In Österreich nimmt man in besonderem Maß Anteil an der Entwicklung im Nachbarland Jugoslawien; die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesarmee und slowenischen Verbänden Ende Juni/Anfang Juli spielten sich teilweise an der österreichischen Grenze ab. Innenpolitisch ist die Situation weiterhin von der Schwäche der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ geprägt, die zusammen die Regierung stellen. Die FPÖ unter Jörg Haider ist als Partei der Protestwähler weiter im Aufwind. Die kirchlichen Spannungen halten unvermindert an und haben durch die Ernennung des umstrittenen Wiener Weihbischofs Krenn zum Bischof von St. Pölten neue Nahrung erhalten.

Schon seit Jahren zeigten Umfragen von Meinungsforschungsinstituten in Österreich, daß die Bewohner der Alpenrepublik vor allem vor einer außenpolitischen Konstellation Angst haben: daß Jugoslawien in Chaos und Krieg zerfallen und Österreich gegen seinen Willen in die Auseinandersetzungen des zerbrechenden Tito-Reiches hineingezogen werden könnte. Die letzten Wochen und Monate haben dieses Szenario gefährlich näher gerückt. Die österreichische Diplomatie warnte schon seit geraumer Zeit vor diesem Ernstfall. Doch in Westeuropa sind diese Warnungen nicht beachtet worden. Die Franzosen, die Holländer, die Engländer, auch die Amerikaner setzten noch bis zuletzt auf den Bestand eines einheitlichen Jugoslawien, obwohl schon mit Händen zu greifen war, daß dieser künstlich zusammengefügte Staat längst zerbrochen war, so daß die Slowenen und Kroaten zum Opfer eines halbkommunistischen Regimes in Belgrad und einer wild um sich schlagenden Armee wurden.

Eine Sympathiewelle für Slowenien

Der Krieg in Jugoslawien wurde schon Anfang Juli bis dicht an die österreichischen Grenzen herangetragen, als Panzerverbände der jugoslawischen „Volksarmee“ nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens die slowenischen Grenzübergänge zum Ausland besetzen wollten. Dank den präzisen Vorbereitungen in Slowenien

wurde dieses Vorhaben vereitelt, die jugoslawische Bundesarmee mußte aus Slowenien abziehen. Die Bemühungen Österreichs, eine völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu erreichen, scheiterten aber im Inland wie im Ausland: In Österreich verhinderten Bundeskanzler Franz Vranitzky und mit ihm wichtige sozialdemokratische Regierungsfunktionäre eine solche Anerkennung, während im Ausland die Sorge vor einer Zunahme des Einflusses deutschsprachiger Länder in Südosteuropa jede wirksame Unterstützung der um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes kämpfenden Slowenen und Kroaten verhinderte. Gleichzeitig hatte auch die großserbische Propaganda in Belgrad ihre Wirkung: Die „deutsche Gefahr“ wurde mit dem Einfluß des Vatikans, mit Erinnerungen an das alte Österreich-Ungarn und mit der Beschwörung der Ustascha-Greuel im Zweiten Weltkrieg so zusammengemengt, daß die mit den wirklichen Tatsachen kaum vertrauten Politiker im Westen vor jeder wirksamen, gemeinsamen Aktion zurückschreckten.

Auf diese Weise zog der Krieg in Jugoslawien immer weitere Kreise, wodurch Österreich wieder einmal in eine gefährdete Grenzsituation geraten ist. Allerdings hatte der tapferere Widerstand der Slowenen gegen die sogenannte „Volksarmee“ eine psychologische Wirkung mit weittragenden Folgen: Gerade in den südlichen Grenzländern Kärnten und Steiermark, die sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1945 mit südslawischer Okkupation fertig werden mußten, verscheuchte die neue Situation im slowenischen Nachbarland alte Feindbilder und Vorurteile. Plötzlich kam es zu einer *Sympathiewelle für die Slowenen*, denen man jahrzehntelang mit Mißtrauen gegenübergestanden war. Und für die Zukunft ist es wohl eine wichtige Weichenstellung, daß sich gerade in Kärnten und in der Steiermark die Landtage dieser beiden österreichischen Bundesländer einstimmig für die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ausgesprochen haben.

Tatsächlich ist schon seit einigen Jahren ein neues, immer *freundschaftlicher werdendes Verhältnis* zwischen den

Österreichern und den Slowenen zu beobachten. Die Aggression der jugoslawischen „Volksarmee“ in Slowenien hat die wiederentdeckte Verbundenheit zwischen diesen beiden Völkern zusätzlich belebt. Nach der slowenischen Besetzung der Untersteiermark am Ende des Ersten Weltkrieges, nach Schreckenstaten der deutschen Wehrmacht in dieser Region, nach der barbarischen Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung 1945 und nach jahrelangen jugoslawischen Gebietsforderungen in Kärnten mutet diese Klimaänderung wie ein Wunder an. Die österreichische Diplomatie hat inzwischen die Konsequenzen gezogen: Sie setzt sich auf allen Ebenen für die Anerkennung und Unterstützung Sloweniens ein, und wenn diese Bemühungen auch lange nicht zum erhofften Erfolg führten, ist doch das Vertrauen der Slowenen zu Österreich ungemein gestiegen, manche antiösterreichischen Ressentiments der Vergangenheit konnten dort ebenso abgebaut werden wie antislowenische Stimmungen in Österreich. Im Vergleich zur Ersten Republik, als sich Österreich nach dem Auseinanderfallen der alten Donau-Monarchie fast ausschließlich feindseligen oder mißtrauischen Nachbarn gegenüber sah, zeichnet sich nun auch an der Südgrenze Österreichs ein entscheidender Wandel ab, obwohl die Sorge um gefährliche Folgen der kriegerischen Ereignisse bestehenbleibt.

Die Anzeichen einer Versöhnung mit Slowenien führen in Österreich zu einer erhöhten Sympathie für die Wünsche und Sorgen der slowenischen Bevölkerung. Die kaltschnäuzige Art, mit der diverse EG-Politiker die slowenischen und auch die kroatischen Wünsche nach staatlicher Unabhängigkeit abfertigten, löst daher in Österreich Bestürzung und Empörung aus. Die Hilflosigkeit, mit der die Europäische Gemeinschaft auf den Krieg in Jugoslawien reagierte, wird von vielen Österreichern nicht verstanden. Auf diese Weise wird eine *verbreitete Mißstimmung gegenüber der EG gefördert*, die im Zusammenhang mit dem innenpolitisch ohnehin schwer genug durchgesetzten EG-Beitrittsersuchen Österreichs eines Tages fatale Folgen haben könnte, da ja vor einem EG-Beitritt eine Volksabstimmung in Österreich vorgesehen ist.

Der EG-Beitritt ist vor allem in Westösterreich auch aus anderen Gründen umstritten, so vor allem durch den wachsenden Mißmut gegenüber der kaum mehr erträglichen Umweltbelastung entlang der Transitautobahnen in Tirol und Salzburg. Zu diesem Unbehagen gesellt sich noch die Sorge vor einem Ausverkauf des österreichischen Bodens in den attraktivsten Fremdenverkehrsregionen, von denen manche Österreicher schon befürchten, sie könnten nach einem EG-Beitritt zu einer Art Altersheim westeuropäischer Millionäre werden.

Jörg Haider und die Protestwähler

Die innenpolitische Situation Österreichs ist angesichts dieser Ungewißheit zukünftiger Entwicklungen von einer gewissen Unrast gezeichnet. Die Regierungskoalition zwischen den Sozialdemokraten und der christdemokra-

tischen Volkspartei (ÖVP) vermag trotz der ausgezeichneten wirtschaftlichen Lage des Landes nicht überzeugend Tritt zu fassen. Ein innenpolitisches Szenario von Verfälschung und Politruk-Mentalität gibt nach wie vor jenen Protestwählern Auftrieb, die den jungen, mundflinken Parteibuchmann der Freiheitlichen Partei (FPÖ), *Jörg Haider*, auf den Schild heben. Haider war kurze Zeit Landeshauptmann von Kärnten und wurde als solcher gestürzt, als er eines Tages die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches lobte.

Haiders Fall schadete ihm wenig, wie die jüngsten Landtagswahlen in der Steiermark und in Oberösterreich mit ihren enormen Stimmengewinnen der FPÖ zeigten: Er sammelt weiterhin junge Wähler und jenes Protestpotential um sich, das etwa 15 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Es ist falsch, wenn man Jörg Haider einfach eine neonazistische Etikette aufkleben möchte. Einem jungen, bedenkenlosen Politikertyp wie Haider geht es nicht darum, eine alte Ideologie wieder aufzuwärmen, sondern er spricht mit seinen kecken Sätzen neben anderen Wählergruppen eben auch jene an, die in ihrer Familientradition deutschnationale Parolen oder eine ausgeprägte Abneigung gegen Ausländer mehr oder weniger bewußt mit sich tragen. Die Privilegien- und Parteibuchwirtschaft in Österreich bietet Haider die durchschlagkräftigste Waffe für seinen populistischen Kampf „gegen die da oben“, gegen den die beiden Großparteien bisher noch kein überzeugendes Mittel gefunden haben.

Gegenüber der Kirche war Haider lange Zeit eher zurückhaltend. Im Zusammenhang mit seiner Kampagne gegen ausländische Asylbewerber und Flüchtlinge ließ er dann eines Tages seine bisherige Rücksichtnahme fallen: Er griff die katholische Kirche mit der wiederholt vorgebrachten Bemerkung frontal an, sie möge über die Flüchtlinge nicht nur schöne und fromme Worte machen, sondern durch praktische Aufnahme in Klöstern oder Pfarrhöfen mehr tun als bisher. Diese Attacke stand ganz im Zeichen der Haiderschen Taktik, ein Körnchen Wahrheit aufzugreifen, um daraus einen pauschalen Holzhammer zu konstruieren. Der aufgeregte Widerspruch von kirchlicher Seite trieb das Wasser nur noch einmal auf Haiders Mühlen: Er stand wieder einmal als jener Politiker da, der sich vor nichts und niemandem fürchtet und eben alle, auch die Kirche, herausfordert.

Diese lautstarke freiheitliche Opposition, die allein auf den beiden Augen Jörg Haiders steht, könnte bei den für April 1992 erwarteten Bundespräsidentenwahlen noch manche Turbulenz mit sich bringen. Denn nach dem endgültigen Rücktritt von *Kurt Waldheim*, der nach der weltweiten Kampagne gegen ihn ausgelautet und abgekämpft wirkt, ist zur Zeit überhaupt noch nicht klar, ob die beiden Großparteien für diesen Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen oder nicht. Jörg Haider hat aber bereits angekündigt, er werde kandidieren, wenn die beiden „Altparteien“ sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen sollten. Damit hat er freilich keine seriösen Gewinnchancen, aber für ein größeres Durcheinander kann Haider allemal sorgen.

Die innerkirchliche Entwicklung ist in Österreich nach wie vor in Richtungskämpfen verfahren, die bis hinein in die Bischofskonferenz reichen. Nach dem zweiten Pastoralbesuch des Papstes im Juni 1988 (vgl. HK, August 1988, 379 ff.) sagte Kardinal *Franz König* in einem Interview, während dieses Besuchs sei den österreichischen Bischöfen angedeutet worden, bei den bisherigen Bischofsnennungen sei nicht alles so gelaufen, wie sich der Papst das vorgestellt hatte. In Hinkunft werde man in Rom über die österreichischen Wünsche nicht mehr einfach „drüberfahren“. Und der damalige Vorarlberger Diözesanbischof *Bruno Wechner* erklärte, es sei nun sicher, daß sein Nachfolger weder der Opus-Dei-Priester *Klaus Küng* noch der umstrittene Wiener Weihbischof *Kurt Krenn* sein werde.

Weihbischof Schönborn als Hoffnungszeichen?

Mittlerweile sind drei Jahre vergangen, *Klaus Küng* ist längst Nachfolger von *Bruno Wechner*, und *Kurt Krenn* wurde trotz aller Proteste als Diözesanbischof von St. Pölten in sein Amt eingeführt. Der bisherige Bischof von St. Pölten, *Franz Zak*, erklärte voller Grimm in einer seiner letzten Predigten, er habe aus dem Radio den Namen seines Nachfolgers erfahren müssen. Im übrigen habe man ihm von Rom versichert, daß ihm *Kurt Krenn* nicht nachfolgen werde.

Diese niederdrückenden Fakten haben im österreichischen Katholizismus eine Mischung von Resignation und Verbitterung provoziert. Vor allem in den Kernschichten der Kirche fragt man sich erbost, was man denn in Rom eigentlich wolle, ob man dort das Ansehen der Kirche durch eine derart unqualifizierte Vorgangsweise tatsächlich mutwillig aufs Spiel setzen will.

Als einzige vage Hoffnung wird in kirchlichen Kreisen die Ernennung des Dominikanerpaters *Christoph Schönborn* zum Weihbischof für Wien und zum Nachfolger von *Kurt Krenn* gedeutet. Soweit es in der Kirche Österreichs noch Optimisten gibt, meinen diese, die Abziehung von *Kurt Krenn* aus Wien und die Ernennung des als spirituell bekannten Dominikaners könnten ein Ansatzpunkt für eine vielleicht verheißungsvollere kirchliche Ära in Österreich sein. *P. Christoph Schönborn* war Mitte der siebziger Jahre Studentenseelsorger in Graz, ging dann als Professor für Dogmatik und Ostkirchenkunde an die Universität Fribourg, ist seit 1980 Mitglied der internationalen Theologenkommission und Sekretär der Redaktionskommission für das Projekt eines „Weltkatechismus“. Seine ersten Wortmeldungen als Wiener Weihbischof weisen ihn als ungemein gebildeten Theologen aus, der sich dem Dialog keineswegs verschließt.

Der Name *Schönborn* erinnert an eine lange vergangene Zeit, in der es ebenfalls zu schärfsten Auseinandersetzungen und Frontbildungen in der Kirche Österreichs gekommen ist: Der Kardinal-Erzbischof von Prag, *Franz Graf Schönborn*, legte im Jahr 1895 zusammen mit anderen Bischöfen und hohen Politikern der alten Monarchie im Namen der katholisch-konservativen Kräfte der damaligen Zeit im Vatikan eine geharnischte Anklage gegen die damals noch junge und ungebärdige christlich-soziale Volksbewegung *Karl Luegers* vor. Der Papst entschied am Ende des vorigen Jahrhunderts gegen den Großonkel des eben ernannten Wiener Weihbischofs, die Christlich-sozialen gewannen damals den Kampf um Österreich.

Wer bei der gegenwärtigen, nicht minder harten Auseinandersetzung das Rennen machen wird, ist nach wie vor offen.

Fritz Csoklich

„Es gibt keinen Grund, das bewährte System über Bord zu werfen“

Ein Gespräch mit Professor *Gerhard Robbers* über Perspektiven des deutschen Staat-Kirche-Verhältnisses

*Auch wenn es derzeit keine umfassende Debatte über die Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik gibt, ist die Frage nach der Zukunft bzw. möglichen Veränderungen des deutschen Staatskirchenrechtssystems durchaus virulent. Paßt dieses Rechtsgefüge gesellschaftlich wie kirchlich noch in die Landschaft? Wo sind Änderungen denkbar oder sogar wünschenswert? Inwieweit hat das weitere Zusammenwachsen Europas Konsequenzen für das Staat-Kirche-Verhältnis in der Bundesrepublik? Darüber sprachen wir mit Professor *Gerhard Robbers*. Er lehrt an der Universität Trier Öffentliches Recht, Kirchenrecht und Rechtsphilosophie. Die Fragen stellte *Ulrich Rub*.*

HK: Herr Professor *Robbers*, die Einheit Deutschlands ist inzwischen auch beim Staat-Kirche-Verhältnis weitgehend wiederhergestellt. In den neuen Bundesländern wird von den Finanzämtern Kirchensteuer eingezogen, der Religionsunterricht ist als ordentliches Lehrfach in den Schulgesetzen festgeschrieben, Staatskirchenverträge in den einzelnen Ländern werden vorbereitet. Ist diese weithin problemlose Übernahme der bundesdeutschen Regelungen ein Beleg für die Stabilität und die Zukunftsträchtigkeit des bisherigen rechtlichen Rahmens für das Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik?

Robbers: Ganz problemlos ist die Übernahme des Staats-